

Stadtbürgerschaft**Drucksache 21/814 S****21. Wahlperiode**

27. Mai 2026

Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND**Transparenz und Kontrolle der öffentlichen Förderungen für die
Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH**

Nach Angaben der Linksfraktion Bremen fordert deren Fraktionsvorsitzende eine Bundesratsinitiative des Senats gegen die geplante Neuausrichtung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, von der in Bremen insbesondere die Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH betroffen sein soll. Nach Aussage der Geschäftsführerin des LidiceHauses würden die Pläne für die am LidiceHaus angesiedelte „bundesweite Fachstelle Rechtsextremismus und Familie“ das Aus bedeuten. Hintergrund ist, dass die Förderung von rund 200 von mehreren Hundert Projekten zum Jahresende auslaufen soll. Zugleich hat die Bundesfamilienministerin angekündigt, bis Ende Juni neue Förderrichtlinien vorzulegen, sodass sich die betroffenen Initiativen neu bewerben könnten.

Aus Sicht der Fragesteller setzt eine sachgerechte Beurteilung der kritisierten Pläne eine Prüfung der bisherigen Förderung, Zielerreichung, Mittelverwendung und Wirkung voraus. Nach Auswertung des Quartalsberichts des Transparenzportals 2026/1 hat das LidiceHaus annähernd 1,5 Mio. Euro Fördermittel allein von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration erhalten.

Im Rahmen der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ veröffentlicht das LidiceHaus Arbeitsberichte, in denen es auch Informationen über seine Finanzen darstellt. Für das Jahr 2023 weist der Arbeitsbericht Aufwendungen von rund 3 Mio. Euro aus, von denen der weitaus größte Teil (rund 2,2 Mio. Euro) auf die Personalkosten entfällt. Für das Jahr 2025 liegt nach Kenntnis der Fragesteller noch kein entsprechender Arbeitsbericht vor.

Das LidiceHaus erhält zudem Förderungen durch das Programm „Demokratie leben!“. Allein für das Projekt „Keine Randnotiz“ erhielt das LidiceHaus im Jahr 2025 Bundesmittel in Höhe von 136.186,01 Euro; nach Bremer Angaben kamen 15.131,78 Euro Landesmittel als Kofinanzierung hinzu. Auf der Webseite des Projekts werden gemeldete Vorfälle dokumentiert und in eine Chronik sowie auf eine interaktive Stadtkarte für Bremen und Bremerhaven eingetragen. Hinsichtlich einer Überprüfung dieser Daten auf ihre Richtigkeit verweist die Bundesregierung auf die Verantwortung des Bundeslandes Bremen (Bundestagsdrucksache 21/5101).

Beschlussempfehlung:

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Über welche Haushaltstitel und in welcher Höhe wurde das LidiceHaus im Jahr 2025 durch den Senat gefördert?
2. Wie hat sich die Höhe der Zuwendungen des Senats an das LidiceHaus seit 2022 entwickelt? Bitte differenziert nach Jahren, Haushaltstiteln und den jeweiligen Zuwendungszwecken darstellen.
3. Welche weiteren öffentlichen Zuwendungen hat das LidiceHaus im Jahr 2025 nach Kenntnis des Senats erhalten?
4. Wie hat sich die Förderung des Projekts „Keine Randnotiz“ aus Landesmitteln, Bundesmitteln, Kofinanzierungen oder Mittelweiterleitungen über Bremer Stellen in den Jahren 2017 bis 2025 entwickelt? Bitte nach Jahren, Haushaltstiteln, Fördergebern und Zuwendungszwecken darstellen.
5. Welche Rolle spielt das Landes-Demokratiezentrum Bremen bei Antragstellung, Bewilligung, Mittelweiterleitung, Prüfung oder Evaluation des Projekts „Keine Randnotiz“?
6. Werden die von dem Projekt „Keine Randnotiz“ erhobenen Daten durch den Senat überprüft, und falls ja, in welcher Weise geschieht das?
7. Wie viele Verwendungsnachweise hat der Senat seit 2017 vom LidiceHaus für dieses Projekt angefordert und erhalten?
8. Hat der Senat dieses Projekt schon einmal einer Evaluation unterzogen, und falls ja, mit welchem Ergebnis?
9. Welche anderen vom Senat geförderten Projekte des LidiceHauses sind bisher evaluiert worden, und mit welchen Ergebnissen?
10. Liegen dem Senat Erkenntnisse vor, ob die tatsächliche Geschäftsführung der LidiceHaus gGmbH nicht den Anforderungen an die steuerbegünstigte Gemeinnützigkeit nach §§ 51 bis 68 der Abgabenordnung (AO) entspricht, und falls ja, welche zuständigen Stellen wurden hierüber informiert?

Piet Leidreiter und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Anlage(n):

- keine